

# Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2025/0405

Verantwortlich: **Dez. 3**  
Dienststelle: **SJB**

## Plakat-Kampagne: Wohnungen für Pflegekräfte Antrag: GRÜNE

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	24.06.2025	13	Ö	Entscheidung
Haupt- und Finanzausschuss	15.07.2025	7	Ö	Behandlung

### Kurzfassung

Die Verwaltung sieht zwar den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum auch für Pflegekräfte, ist aber aufgrund der knappen Personal- und Finanzressourcen nicht in der Lage, das beantragte Konzept zu erstellen und die Kampagne zu moderieren. Eine Werbekampagne sollte über die bereits bestehenden Strukturen lanciert werden.

Die Verwaltung empfiehlt deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

<b>Finanzielle Auswirkungen</b>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
<b>Finanzierung</b> <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	<b>Gegenfinanzierung durch</b> <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

<b>CO<sub>2</sub>-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz</b> Bei Ja: Begründung   Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/>	geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
<b>IQ-relevant</b>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
<b>Abstimmung mit städtischen Gesellschaften</b>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

## Erläuterungen

Karlsruhe hat einen angespannten Wohnungsmarkt mit einer niedrigen Leerstandsquote. Der stark umworbene Wohnungsmarkt im unteren und mittleren Preissegment kann den Bedarf an Wohnraum unterschiedlicher Berufs- und Bevölkerungsgruppen nicht in ausreichendem Umfang befriedigen. Einzelne Arbeitgeber\*innen und auch verschiedene Interessenvertretungen versuchen, an Wohnraum für ihre Mitarbeitenden durch unterschiedliche Aktionen zu gelangen (z. B. „Wohnen für Hilfe“ des Paritätischen, „Dach gesucht“ vom Wissenschaftsbüro der Stadt Karlsruhe).

Viele der Karlsruher Pflegebetreiber\*innen und weitere wichtige Institutionen im Handlungsfeld Pflege sowie auch die Bundesagentur für Arbeit sind im „Pflegebündnis TechnologieRegion Karlsruhe e.V.“ organisiert. Das Pflegebündnis als bedeutende Branchenvertretung bündelt die Interessen der Mitglieder. Hierzu könnte auch die Beschaffung von Wohnraum für deren Mitarbeitende als Wettbewerbsvorteil auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt gehören.

Die Verwaltung gibt zu bedenken, dass der Fachkräftemangel auch in anderen Zweigen der Sozialbetreuung und -versorgung eingetreten ist. Werbeaktionen zur Wohnraumgewinnung für einzelne Berufsgruppen könnten zu konkurrierenden Öffentlichkeitskampagnen für andere prekäre Mieter\*innen-Gruppen führen, die das eigentliche Hemmnis „Wohnungsmangel“ allerdings nicht beseitigen. Die Verwaltung wird auf das Pflegebündnis zugehen mit der Bitte, eine entsprechende Konzeption idealerweise in Abstimmung mit weiteren Interessensvertretungen zu prüfen.

Öffentliche Plakat- oder Pressekampagnen zur Wohnraumgewinnung führen nach Einschätzung der Verwaltung zu einem eher geringen Erfolg, der nicht im Verhältnis zum Aufwand steht.

Der Verwaltung selbst stehen nicht genügend Personalressourcen zur Verfügung, um diese Kampagne zu konzeptionieren, ein Projektbündnis zu organisieren und noch weitere Aktivitäten zu managen.

Die Verwaltung sieht zwar den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum auch für Pflegekräfte, ist aber aufgrund der knappen Personal- und Finanzressourcen nicht in der Lage, das beantragte Konzept zu erstellen und die Kampagne zu moderieren. Eine Werbekampagne sollte über die bereits bestehenden Strukturen lanciert werden.

Die Verwaltung empfiehlt deshalb, diesen Antrag abzulehnen.